

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931**

21.10.1931 (No. 245)



# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karl-Friedrich-  
Straße Nr. 14  
Gemeinderat  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 9515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger  
Chefredakteur  
E. A. M. E. N. D.  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einjährl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühren: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifrecher Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Erscheinen der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagen über die Zeitung, insbesondere über die Redaktion, ist der Eigentümer zu befragen. Die Zeitung wird nicht für die Haftung der Redaktion für die Richtigkeit der Nachrichten, die sie enthält, verantwortlich gemacht. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckausgaben und Manuskripte werden nicht zurückgegeben. — Bestellungen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Volksbildung, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Die Amerikareise Lavals

#### Konkultativpakt — Schutz der Goldwährung

Der Sonderberichterstatter der Agentur Havas funkt von Nord der „Zeile de France“ eine offenbar beeinflusste Meldung, die im großen und ganzen als Bestätigung der bereits von anderer Seite übermittelten Ausführungen gelten kann. In der Meldung heißt es u. a.:

Hinsichtlich des Sicherheits- und Abrüstungsproblems ist Frankreich bereit, weitere Rüstungsbeschränkungen vorzunehmen, wenn im Austausch dafür „präzise Verpflichtungen für gegenseitige Hilfeleistung im Falle eines Angriffs“ eingegangen werden. Es wird beabsichtigt, den Kellogg-Pakt durch einen Konkultativpakt zu verstärken.

Was die Schulden- und Reparationsfrage anlangt, so hat diese nach französischer Auffassung überhaupt nichts mit dem Sicherheitsproblem zu tun, kann also mit diesem auf keine Weise in Zusammenhang gebracht werden, wie gewisse amerikanische Nachrichten zu Unrecht glauben machen könnten. Hoover hat bereits angekündigt, daß er wegen der Lage Deutschlands und der Weltfrage eine Herabsetzung der Schulden plane. Der Vertreter Frankreichs würde jedem Vorschlag zustimmen, der Frankreich wenigstens teilweise eine „positive Reparationsbilanz“ beläßt. Zwecks Erleichterung der Regelung könnte man namentlich auf Sachlieferungen zurückgreifen, die dazu beitragen würden, die Arbeitslosigkeit in Deutschland und Frankreich durch Ausführung des von der Regierung bereits angenommenen Programms großer öffentlicher Arbeiten zu vermindern. Auf diese Weise könnten die gegenwärtig in Deutschland festgelegten kurzfristigen Kredite leichter freigemacht werden.

Bezüglich der Währungsfrage hat Präsident Hoover bereits die Gewissheit erhalten, daß Laval gütig eingestellt ist. Das zwischen der Bank von Frankreich und der Federal-Reserve-Bank über die Aufrechterhaltung der Guthaben der Bank von Frankreich in New York soeben abgeschlossene Abkommen, ist nach dieser Richtung hinreichend bedeutend. Die beiden Regierungen werden sicher gemeinsame Maßnahmen zum Schutze der Goldwährung ins Auge fassen.

### Die kommunalen Spitzenverbände zur Finanzlage

#### Forderungen der Gemeinden

Die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände hielt am Dienstag in Berlin eine Besprechung über die kommunale Finanzlage ab.

Der Präsident des Deutschen Städtetages, Dr. Maser, ging aus von dem ungeheuren Fehlbetrag der Gemeinden und Gemeindeverbände nach der Zahlungsfrist im Juli dieses Jahres, den man für das Rechnungsjahr 1931/32 auf 800 Millionen Reichsmark berechnet habe. Die von der Reichsregierung beabsichtigte Hilfe habe keineswegs Erleichterung geschaffen, denn die Reichsregierung habe eine Reihe eigener Maßnahmen beschlossen, oder durch andere Organe durchführen lassen, die die Gemeinden aufs neue schwer belasteten. In der durch die Reichsanstalt eingeführten Kürzung der Unterstützungsdauer in der Arbeitslosenversicherung lege den Gemeinden eine Neulastung von rund 30 Millionen Reichsmark auf. Die Möglichkeit für die Länder, die Landesbeiträge zurückzunehmen, bringe den Gemeinden eine Mehrausgabe von mindestens 70 Millionen Reichsmark. Dazu komme das weitere Ansteigen der Wohlfahrtsdienstleistungen, das voraussichtlich 40 Millionen Reichsmark erfordere. Der Niedergang der Gemeindeeinnahmen aus Überweisungs- und eigenen Steuern, der nach dem heutigen Stand der Dinge allein für die Überweisungssteuern 140 Millionen Reichsmark betragen dürfte, und die Nichtbefolgung des vorgeschlagenen Leistungsabbaues in der sogenannten gehobenen Fürsorge, durch die die Gemeinden mit der erwarteten Ersparnis von etwa 25 Millionen Reichsmark in diesem Winterhalbjahr nicht rechnen können.

Insgesamt werden die Gemeinden durch die jetzigen Maßnahmen der Reichsregierung um die Wirtschaftsentwicklung mit rund 205 Millionen Reichsmark mehr belastet. Diese Summe deckt sich fast ganz mit der Reichshilfe. Die Gemeinden und Gemeindeverbände erwarten auf das bestimmteste die zugesagte Entlastung ihrer Finanzen, die nur vom Reich aus gesehen kann. Es wird dem Reich nichts anderes übrig bleiben, als auch seinerseits alle Kräfte auf die Ernährung der Arbeitslosen zu konzentrieren und Aufgaben, die in diesem Rahmen nicht unbedingt notwendig sind, abzubauen.

Die von den Gemeinden und Gemeindeverbänden immer wieder geforderte Zusammenlegung der Krisenfürsorge und der Wohlfahrtsdienstleistungen würde die Verwaltung wesentlich vereinfachen und nennenswerte Ersparnisse erzielen. Vor allem aber ist die Zeit der Bedenken und Gegeneinanderbereden vorbei: Die immer stärker wachsenden Schwierigkeiten erfordern ein vorbehaltloses Zusammenarbeiten von Reich, Ländern und Gemeinden.

### Hauptgewinne der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie

EMW. Berlin, 21. Okt. (Priv.-Tel.) Ein Gewinn von 100 000 RM. auf Nummer 396 259 fiel in Ähteln in der ersten Abteilung nach Bayern, in der zweiten Abteilung ins Rheinland, ein Gewinn von 50 000 RM. auf Nummer 87 108 in der ersten Abteilung in Ähteln nach Schlesien, in der zweiten Abteilung in Bieteln nach Bayern, ein Gewinn von 10 000 RM. in Ähteln auf Nummer 372 596 nach Hessen-Rassau und der Provinz Sachsen.

### Letzte Nachrichten

#### Die deutsch-französische Wirtschaftskommission

##### Deutsche Mitglieder

W.B. Berlin, 21. Okt. (Tel.) Der Reichsfinanzminister hat die nachstehend genannten Herren eingeladen, in der Eigenschaft von Sachverständigen als Vertreter der Industrie, Handel und Landwirtschaft und als Vertreter der Arbeitnehmer an den Arbeiten der deutsch-französischen Wirtschaftskommission teilzunehmen.

Staatssekretär a. D. Bergmann, Geheimrat Drecht, Köln, Geheimrat Dr. Bäcker, Rittergutsbesitzer von Flemming, Abraham Frowein, Reichsminister a. D. Dr. Hamm, Reichsminister a. D. Dr. Hermes, Geheimrat Rastl, Clemens Lammer, Direktor Lange, Berlin, Fabrikbesitzer Lange, Krefeld, Dr. S. Lejeune-Jung, Reichstagsabgeordneter Kemmer, Dr. Mehlhorn, Fabrikbesitzer Müller, Drillinghausen, Generaldirektor Dr. Roennigs, Reichsminister a. D. von Raumer, Graf von Nothen, Bauerngutsbesitzer Schill, Werkschafter, Karl Schmitz, Duisburg, Dr. von Schmitzer, Weinbauernbesitzer Freiherr von Schölerer-Rieser, Kommerzienrat Schwarz, Rürnberg, Ingenieur Otto Schweizer, Staatssekretär a. D. Freiherr von Stein, Staatssekretär a. D. Dr. von Simson, Dr. Solmschen, Reichstagsabgeordneter Tarnow, Generalkonsul Valentin, Oberbergamt von Velsen, Kommerzienrat Vogel, Chemnitz, Rittergutsbesitzer Wegmann, Fabrikbesitzer Wigale, Mannheim, Dr. Weigelt, Generaldirektor Welter, Reichsbahndirektor Wolf, Otto Wolff, Köln.

Diese Liste ist nicht ausschließlich und endgültig. Es ist vielmehr vorgesehen, gegebenenfalls auch andere Sachverständige zu den Beratungen der Kommission zuzuziehen.

### Der Mandchurien-Konflikt

#### Briand und die japanischen Bedingungen

W.B. London, 21. Okt. (Tel.) Der „Times“-Korrespondent in Tokio meldet: Wie verlautet, hat Briand den vier ersten der von Japan gestellten Bedingungen für eine Räumung der Mandchurien zugestimmt, aber die letzte Bedingung als zu kompliziert bezeichnet und deshalb vorgezogen, sie dadurch zu ersetzen, daß China einfach die Erklärung abgibt, es werde alle seine Verpflichtungen beobachten. Der Korrespondent bemerkt hierzu: Wenn dies geschieht, dann wird man an den Kern der Meinungsverschiedenheiten herangelangt sein; denn die ganze Schwierigkeit besteht letzten Endes darin, daß China sich weigert, den Vertrag von 1915, in dem Japan verschiedene Vorrechte in der Mandchurien gewährt worden sind, anzuerkennen, und zwar mit der Begründung, daß der Vertragsabschluss ihm aufgezwungen sei. Die Japaner sind angesichts dieser Situation der Meinung, der Völkerbundsrat könne gar nichts anderes vorschlagen, als direkte Verhandlungen.

W.B. Kanton, 21. Okt. (Neuter). In den amtlichen Kreisen ist in der Bevölkerung hat die Ankündigung der fünf japanischen Forderungen für eine Regelung des mandchurischen Konfliktes große Entrüstung hervorgerufen.

### Für die Einigung Chinas

W.B. Shanghai, 20. Okt. (Tel.) Etwa 20 000 Personen erwarteten heute vormittag mit Fahnen und Musikapellen in den Straßen die Vertreter von Kanton, die hier eingetroffen sind, um mit der Regierung von Kanton über die Einigung Chinas zu verhandeln. Unter den 150 Delegierten von Kanton befinden sich der Präsident der Zionisten, Wang Tschingwei, Dr. Eugen Chen und Tschangfatwei, der Oberbefehlshaber der sog. Eisenseiten.

### Verbesserung Reichsfinanzen

#### Die Einnahmen in der zweiten Oktoberhälfte

Die Befürchtungen über eine unangünstige Entwicklung der Einnahmen des Reiches sind der „Voss. Ztg.“ zufolge, durch die neuesten Berichte der Finanzämter an das Reichsfinanzministerium nicht bestätigt worden. Die Einnahmen aus den Steuern, Zöllen und Verbrauchsabgaben sind in der zweiten Hälfte des Oktober erheblich besser gewesen, als in der ersten. Wenn diese Entwicklung anhält, und äußere Ereignisse nicht eine völlig neue Lage schaffen, kann angenommen werden, daß der neue Voranschlag, der vor Erlass der letzten Notverordnung aufgestellt worden ist, eingehalten wird.

### Beginn der deutsch-schweizerischen Handelsbesprechungen

Montag nachmittag wurden im Parlamentsgebäude in Bern die deutsch-schweizerischen Besprechungen über die Regelung des gegenseitigen Handelsverkehrs eröffnet. Bundesrat Schulthess hieß die deutsche Delegation willkommen und setzte kurz die Gründe auseinander, welche den Bundesrat veranlassen haben, die Initiative zu diesen Besprechungen zu ergreifen. Der deutsche Gesandte in Bern, Dr. A. Müller, erklärte namens der deutschen Regierung die Bereitwilligkeit zur freundschaftlichen Erörterung der bestehenden Lage und zur wohlwollenden Prüfung von Lösungen, die diese Situation verbessern könnten. Hierauf begannen die beiden Delegationen ihre Arbeit, wobei die beiden Delegationsführer den Standpunkt ihrer Regierungen darlegten. Die Verhandlungen wurden am Dienstag fortgesetzt.

### \* Rußland und der Fünfjahresplan

Schon vor einiger Zeit konnte man lesen, daß die Sowjetregierung durch die Krisis des englischen Pfunds auch ihrerseits in die größten Schwierigkeiten geraten sei. Wenn auch die neueste Nachricht, daß Rußland seine Zahlungen einzustellen gedenke und ein Moratorium beantragen werde, inzwischen wieder dementiert worden ist, muß man sich doch darauf gefaßt machen, daß die katastrophale Finanzkrise in Sowjetrußland zu Maßnahmen der Verzweiflung führt. An der Tatsache, daß Rußland die jetzt fälligen Akzente (deutsche und amerikanische) nicht einlösen kann, ist nicht zu zweifeln. Unterhandlungen sind im Gange, um eine Prolongierung dieser Akzente zu erreichen. Neue Kredite hat Rußland nirgends aufreiben können.

Nach alledem kann man es begreifen, daß bereits sehr ernsthaft von der Möglichkeit gesprochen wird, daß der ganze Fünfjahresplan zusammenbricht. Der Fünfjahresplan ist jetzt zum Beginn des vierten Jahres durchgeführt worden. Schon bisher haben sich große Mängel gezeigt. Und Stalin, der rote Zar Rußlands, hat sie nur dadurch überwinden können, daß er um den Preis des Hungers und der Verklabung des russischen Volkes nach außen eine Wirtschaftspolitik des Dumping betrieb, die ihm die notwendigen Devisen ins Land brachte. Aber auch diese Politik des Dumping ist bei einer Krisis angelangt. Selbst bei billigen Preisen ist das Ausland nicht so aufnahmefähig, wie es das nach den Wünschen der russischen Machthaber sein sollte. Die Fünfjahreskrise kommt hinzu, und sie trifft Rußland besonders hart, da sich dort der ganze Geldverkehr mit dem Auslande auf der Berechnungsgrundlage des Pfund Sterling vollzieht.

Natürlich wird Stalin alles nur Menschenmögliche tun, um die katastrophale Situation zu überwinden. Denn, wenn der Fünfjahresplan zusammenbricht, bricht damit das gesamte kommunistische Wirtschaftssystem zusammen. Und ob dann noch die politische Herrschaft behauptet werden kann? Ein wirtschaftlich und finanziell bankrott System muß in kurzer Zeit auch zu einem politisch bankrotten System werden.

Für das russische Volk wäre ja der Zusammenbruch des Fünfjahresplans gleichbedeutend mit der Errichtung aus einem Zuchthausdasein, von dessen grauenhaften Einzelheiten man sich im übrigen Europa nur schwer eine Vorstellung machen kann. Um so dankenswerter ist in dieser Beziehung die Veröffentlichung einer Artikelserie in der „Woche“. Sie beschäftigt sich in ganz eingehender Weise mit den Verhältnissen in Sowjetrußland, und zwar unter besonderer Berücksichtigung des Fünfjahresplans. Und zwar ist es ein deutscher Ingenieur, der selber als „Spez“ ein Jahr lang in Rußland arbeitete und so einen genaueren Einblick in die Dinge gewann.

Was er uns zu sagen weiß, enthält die furchtbarste Kritik, wie sie überhaupt nur an einem Regierungssystem geübt werden kann. Der Widerspruch zwischen Schein und Sein, zwischen schönen Worten und Wirklichkeit kann nicht größer sein, als in diesem Staat des verwirklichten Kommunismus. Daß die Klassenunterschiede beseitigt seien, wird von den Machthabern und ihrer Propaganda nicht behauptet. Die Tatsachen lehren etwas ganz anderes. Und das Vorhandensein von drei Eisenbahnklassen ist das beste Argument bei dieser Belehrung.

In der ersten Klasse, die schön weich gepolstert ist, sitzen die Ausländer, die zahllosen Mitglieder der GPU, der Geheimpolizei, und die Mitglieder der „Sowjetbourgeoisie“. Dieser Bourgeoisie gehören die Gutbesoldeten und Privilegierten des Systems an, die Direktoren, die zahllosen Parteifunktionäre, kurz alle die, die zum engeren Kreise der regierenden Schicht innerhalb des Kommunismus gehören. In der zweiten Klasse fährt das bessere Proletariat, also die Arbeitervererber auf ihren Dienststreifen, die Werkmeister, Techniker und bisweilen auch Privatpersonen, falls sie Geld genug besitzen, um sich den Besitz einer Plakarte sichern zu können. In der dritten, plakfarten- und kissenfreien, dafür aber auch stets vollständig überfüllten Klasse, hocken und stehen all die Unprivilegierten.

Offiziell glaubt man natürlich an die Verwirklichung des Fünfjahresplanes. Kommt man aber mit den Leuten, insofern diese nicht zum Optimismus verpflichtete Parteifunktionäre sind, ins Gespräch, so entdeckt man einen abgrundtiefen Pessimismus. Aber auch hundertprozentige Kommunisten verraten gelegentlich ihre Stiefel.



Die Bezahlung und Ernährung der Arbeiter auf den riesigen Arbeitsstätten ist für unsere Begriffe unwürdig und trostlos, aber auch selbst für die dortigen bescheidenen Ansprüche einfach nicht ausreichend. Immerzu gibt es daselbe, entweder Kohlsuppe oder Fischsuppe oder einen langweiligen Brei. Verabfolgt wird das Essen in einem Speisehaus, zu dem der Arbeiter Schmarren erhält, die ihm dann an seinem Lohn abgerechnet werden. Kaufen kann er sich auf den Märkten, die in größeren Orten stattfinden, nichts. Denn die Preise sind für ihn zu hoch.

In Sverdlowitz z. B. kosteten 10 Eier 5 Rubel, Butter das Pfund 8 Rubel, Fleisch das Pfund 3 Rubel, 1 Pfund weißes Mehl 2 1/2 Rubel. Den Rubel können wir ungefähr mit 20 Pf. ansetzen, wenn man überhaupt eine solche Umrechnung auf Reichsmark wagen will. Was diese Rubelpreise in Wahrheit für Rußland selbst bedeuten, zeigt uns erst richtig ein Vergleich mit den Tariflöhnen für den ungelerten Arbeiter. Dieser Tariflohn betrug an der Baustelle des Verfassers pro Tag 1 1/2 Rubel, und für den gelernten Arbeiter etwa das Doppelte. Der Lohn war also für den ungelerten Arbeiter so hoch, daß er sich dafür noch nicht einmal ein Pfund Mehl kaufen konnte!

Monatelang bekommen die Arbeiter kein Rot Fleisch zu sehen. Der ausländische Spezialingenieur und Arbeiter erhält jedoch alles. Vorhanden ist es also irgendwo. Und was geschieht damit? Der Verfasser beantwortet die Frage an einem Beispiel. Er selbst war monatelang weit und breit der einzige Ausländer an der betreffenden Arbeitsstelle. Trotzdem konnte er eines Tages durch einen Zufall feststellen, daß allein in seinem Bereich nicht weniger als 10 Lebensmittelbücher für Ausländer in Geltung waren und auch danach geliefert wurde. Eines davon hatte der Herr Direktor, ein wackelhafter Kommunist. Dieser Direktor ist eben „Bürger erster Klasse“. Und diese Klasse wird voll beliefert. „Es gibt genug Leute in Rußland, die recht wohlgenährt sind und keinen Mangel kennen. Nicht etwa die, die arbeiten, nicht etwa das Volk, sondern eben jene „Bürger erster Klasse“, jene Parteifunktionäre.“ (Schluß folgt.)

### Kurze Nachrichten

Kein Moratorium für sowjetrussische Zahlungen an Deutschland. In einem Teil der Presse werden Gerüchte verbreitet über eine Zahlungseinstellung Sowjetrußlands bzw. über Anträge auf ein Moratorium für fällige Zahlungsverpflichtungen an Deutschland. Wie von Berliner zuständigen Stellen mitgeteilt wird, entbehren diese Nachrichten jeder Begründung.

Die Abstimmungen im Preussischen Landtag zu den Mißtrauensanträgen sollen am Donnerstag stattfinden. Am Freitag wird sich der Landtag bis zum 23. November vertagen.

Die Zahl der Wohlfahrtsberufswahllosen in Preußen ist im Monat September um 42 528 auf 806 600, also um 5,3 Proz. gestiegen. Im August betrug der Zuwachs 53 626 Personen bzw. 7,1 Proz.

Bei kommunistischen Demonstrationen in Essen sind im Laufe des Dienstagabend 218 Personen festgenommen worden. Im Stadteil Vorbeck wurden Polizeibeamte von etwa 200 Personen angegriffen. Auf beiden Seiten wurde geschossen. Verletzt wurden drei junge Männer.

Der Vorsitzende der BZ in Amerika. Der Vorsitzende der BZ, Mac Garrah, ist am Dienstag mit dem Dampfer „Majestic“ in New York eingetroffen. Er dementierte, daß er auf Ersuchen des Präsidenten Hoover nach New York gekommen sei, um die Finanzlage zu besprechen. Es handelte sich vielmehr bei seinem Aufenthalt in Amerika um eine lange geplante gewöhnliche Urlaubsreise.

Österreich plant die Errichtung einer Vieheinfuhrstelle. Die Wiener Blätter melden, daß angesichts der großen Notlage der österreichischen Viehwirtschaft, die maßgebenden Faktoren die Errichtung einer Vieheinfuhrstelle planen.

Rücktritt des evangelischen Bischofs in Lettland. Der Bischof der evangelischen Kirche von Lettland, Dr. Zebis, hat den Entschluß gefaßt, zurückzutreten. Die Presse bringt den Rücktritt Dr. Zebis in Zusammenhang mit der Rigaer Dombaufrage.

Zunahme der Arbeitslosigkeit in Amerika. Nach Schätzung des Washingtoner Arbeitsministeriums hat die Zahl der beschäftigungslosen Fabrikarbeiter im Monat September um 50 000 zugenommen.

Kontrollrechte der spanischen Arbeiter über die Betriebe? Der spanische Arbeitsminister hat in den Cortes einen Gesetzentwurf vorlesen, der den Arbeitern ein Beaufsichtigungsrecht über die Unternehmen zugeteilt, bei denen sie beschäftigt sind. Die spanische Kammer hat mit allen gegen 5 Stimmen ein Gesetz zum Schutze der Republik angenommen. Der Ministerpräsident wies die Vermutung von sich, daß dieses Gesetz eine verschleierte Diktatur darstelle.

### Kleine Chronik

Das Unglück auf Mont Genis ist auf eine Schlagwetterexplosion zurückzuführen, bei der auch Kohlenstaub beteiligt war. Von den Schwerverletzten sind inzwischen fünf gestorben. Die Zahl der Todesopfer erhöht sich auf 17.

Der frühere Reichwehrlieutenant Scheringer, der von den Nationalsozialisten zu den Kommunisten übertrat, hat, wie das „R. L.“ berichtet, einen Ausbruchversuch aus dem Amtsgerichtsgefängnis in Berlin-Moabit unternommen. Er versuchte, mit einer Nagelfeile einen Gitterstab zu seiner Zelle zu durchfeilen. Er wurde alsbald in einer besonders sicheren Zelle untergebracht.

Infolge des Sturmes an der Nordseeküste ist in der Elbmündung bei Scharhörn ein noch unbekanntes, etwa 2000 Tonnen großer Dampfer gestrandet. Die Versuche, mit dem Dampfer in funktentelegraphische Verbindung zu kommen, sind bisher vergeblich gewesen. Da das Schiff keine Antwort gibt, vermutet man, daß es von der Besatzung bereits verlassen worden ist.

Bei Komorn an der Donau (Tschchoslowakei) wurde ein Eisenbahnanschlag auf den Schnellzug Budapest-Prag durch einen Streckenwärter noch rechtzeitig aufgedeckt.

### Wie schützt man sich vor Typhus?

Vor kurzem ist der badische Staatspräsident am Typhus gestorben. Auch aus anderen Gegenden Deutschlands mehren sich die Nachrichten über das Auftreten einzelner Typhuserkrankungen. Diese Tatsache mag ängstlichen Gemütern Anlaß zu Befürchtungen geben, allein diese Sorge ist völlig unbegründet. Es besteht für uns in Deutschland keinerlei Typhusgefahr!

Verzerrte Typhuserkrankungen werden ärztlicherseits während des ganzen Jahres beobachtet und alljährlich im Herbst wächst ihre Zahl, oder es treten um diese Jahreszeit da und dort kleinere Gruppenkrankungen auf, die auf den Genuß verunreinigter Milch, verunreinigten Wassers, eines mit Typhusbakterien beschnittenen Lebensmittels oder dergleichen zurückzuführen sind. Die Bazillenaufnahme in den Körper erfolgt beim Typhus stets durch direkte oder indirekte Verührung mit Ausscheidungen von Typhuskranken oder typhuskranken Tieren, deren Ausscheidungen noch Bazillen enthalten, oder durch feimbeladene Nahrungsmittel. Daraus geht schon ohne weiteres hervor, wie man sich selbst, abgesehen vom staatlich-polizeiarztlichen Schutz, gegen die Krankheit schützen kann.

Erstes Gebot ist auch vor allem Sauberkeit. Man trinke niemals Wasser unbekannter Herkunft, besonders nicht auf Märkten und Wanderungen, wie sie zur Herbstzeit besonders beliebt sind. Man esse niemals ungeschältes oder ungewaschenes Obst. Man beziehe seine Milch stets aus einwandfreier Quelle, halte sie geschützt, besonders vor Zutritt von Fliegen, und genieße sie im Zweifelsfalle nicht roh, sondern stets abgekocht. Häufiges Händewaschen, unter allen Umständen nach Benutzung des Abortes und vor jeder Mahlzeit, ist nicht nur zur Verhütung von Typhuserkrankungen eine hygienische Selbstverständlichkeit. Die staatlichen Maßnahmen zur Seuchenverhütung, wie polizeiliche Meldepflicht, Absonderung, Abperlung, Desinfektion usw., im Verein mit sorgfältiger ärztlicher Behandlung, werden weiterhin jede Ausbreitung von Typhuserkrankungen zu verhindern wissen. Auch hier aber ist verständnisvolle Mitarbeit des einzelnen vonnöten.

Der Typhus hat eine, meist mehrwöchige Vorbereitungszeit, deren charakteristische Merkmale in auffälliger Abgeschlagenheit und Müdigkeit, Kopfschmerzen, gelegentlichen Fiebersteigerungen, Durchfällen oder Verstopfungen bestehen. Darum zögere man nicht in falscher Sparsamkeit, beim Auftreten solcher Erscheinungen sofort den Arzt um Rat zu fragen. Man gehe lieber einmal zu viel zum Arzt, als daß man durch Sorglosigkeit und Unverstand sich selbst und andere auf schwerste gefährdet.

### Die Zusammenstöße in Braunschweig

Ein Bericht an Groener

Im Reichsinnenministerium liegt ein Bericht des Garnisonältesten in Braunschweig, Oberst Geier, über den Zusammenstoß anlässlich des nationalsozialistischen Tages in Braunschweig vor. Der Garnisonälteste ist die zuständige Reichsstelle in Braunschweig, die für die direkte Informierung des Innenministers in Frage kommt. Es heißt in dem Bericht: „Der Aufmarsch der Nationalsozialisten kündigte sich bereits mehrere Tage vor dem 17. Oktober durch häufiges Auftreten der Braunhelfer in den Straßen, durch Klafate und Zeitungsartikel an. Dadurch entstand von vornherein bei der ohnedies schon gereizten Stimmung eine gesteigerte Spannung. Ich war gewiß, daß die Polizei unter allen Umständen Herr der Lage bleiben würde, militärische Vorkehrungsmaßnahmen besonderer Art wurden also nicht getroffen. Sie erschienen auch nicht notwendig, als bekannt wurde, daß auch die Gegner der Nationalsozialisten Zugang von außen erhalten hatten und daß bereits Schlägereien vorgekommen waren. Am Abend des 17. Oktober war ein Fackelzug, der durch sehr viele Haupt- und Nebentrassen der Stadt geführt wurde. Ernsthaftige Zwischenfälle wurden mir nicht berichtet; ich selbst ging am Abend durch die Stadt und kam erst nach Mitternacht nach Hause, und zwar ohne jeden Zwischenfall.“

Die sämtlichen Veranstaltungen des Sonntags, Standartenweiche, großer Umzug durch die Stadt, Hitler-Verammlung, verliefen sämtlich außerordentlich diszipliniert, wenn auch durch das lange Warten und durch gelegentliche Überfälle auf Nationalsozialisten an einzelnen Stellen und vorübergehend eine gesteigerte Spannung entstanden sein muß. Nicht von den Nationalsozialisten wurde das Straßensplaster teilweise aufgerissen, um Steine zum Werfen zu gewinnen. Von den Nationalsozialisten wurden diese Angriffe durch Stürme beantwortet, die sich auch auf Häuser erstreckten und zahlreiche Fenster scheiterten kosteten. Am kritischsten wurde die Lage zwischen 5 und 6 Uhr. Die Polizei blieb aber auch dann vollkommen Herr der Lage. Waffengebrauch wurde in keinem Fall notwendig. Mit großem Erfolg wurde dagegen einmal ein Sprengwagen eingeleitet. Wenn schließlich die Zahl der Verletzungen verhältnismäßig hoch wurde, so ist das auf die außerordentlich große Teilnahme an der Tagung und die allerseits gereizte Stimmung zurückzuführen.“

Erhöhung der Hochschulgebühren in Preußen. Das preussische Kultusministerium hat einen Erlaß an die Hochschulen herausgegeben, der für die Studenten eine beträchtliche Gebührenerhöhung verfügt. Schon für das beginnende Wintersemester wird die Studiengebühr von 85 auf 100 RM. heraufgesetzt. Die Aufnahmegebühr, die bisher bei der ersten Immatrikulation 25 RM. und beim Übergang auf eine andere Hochschule 15 RM. betrug, wird künftig einheitlich auf 30 RM. festgesetzt. Außerdem nimmt der Staat einen weiteren Anteil an den Kollegeldern der Professoren für sich in Anspruch.

Der Vorstand der Breslauer Ortskrankenkasse ist zwangsweise beurlaubt worden. In der Suspendierungsverfügung des Regierungspräsidenten wird der Vorstand als völlig ungeeignet für seine Aufgabe bezeichnet. Ergänzend melden Berliner Blätter, daß die Rücklagen bei der Breslauer Allgemeinen Ortskrankenkasse, die mehrere Millionen betragen, durch starke Ausgabenüberschreitungen bei dem Neubau der Ortskrankenkasse, der fast 600 000 RM., 4,5 Millionen RM. gekostet hat, aufgeschehrt worden seien. Der Mitgliederbestand sei von 153 000 auf 181 000 zurückgegangen.

40-Stunden-Woche in der Tschchoslowakei geplant. Das Prager Ministerium für soziale Fürsorge hat einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, durch den das Gesetz über die achtstündige Arbeitszeit dahin abgeändert und ergänzt wird, daß in gewissen Betrieben die 40stündige Arbeitswoche eingeführt werden soll. In Bergbaubetrieben wird nach dem Entwurf die Arbeitszeit nicht länger als 7 1/2 Stunden täglich und 37 1/2 Stunden wöchentlich dauern dürfen. Die ununterbrochene wöchentliche Arbeitszeit soll 36 Stunden betragen.

Die Ital-Regierung zurückgetreten. Das Ital-Ministerium ist am Montag zurückgetreten, weil sich im Kabinett Meinungsverschiedenheiten ergeben hatten. Fünf Mitglieder des alten Kabinetts, darunter Premierminister General Muri Pasha, verbleiben weiter in ihrem Amt.

### Gemeinderundschau

#### Die Finanzlage der Gemeinden

Nachdem der Gemeinderat Kehl die Auflage des Ministers des Innern, einen ausgeglichene Voranschlag aufzustellen und die dazu erforderlichen Steuern zu beschließen, abgelehnt hat, hat der Bürgermeister auf Grund des Art. 11 Abs. 1 der badischen Haushaltverordnung für die Anordnungen für die Inangabegebung des Voranschlags 1931/32 getroffen. Der Voranschlag lanciert in Einnahmen und Ausgaben mit 1 891 500 RM. An Gemeindesteuern werden erhoben: vom Grundvermögen 120, vom Betriebsvermögen 69 und vom Gewerbeertrag 862 Pf. Außerdem die Bürgersteuer mit dem dreifachen Satz, die Gemeindevertragssteuer und die Biersteuer mit dem doppelten Satz. Der Gemeinderat hat gegen diese Anordnung Beschwerde beim Bezirksamt erhoben.

Die großen Fürsorgelassen und der Mindereingang an Steuern haben auch in Urrach bewirkt, daß der Haushalt der Stadt trotz der vorgenommenen Einsparungen um 30 Proz. jetzt schon mit einem ungedeckten Aufwand von 254 870 RM. da steht. Es stehen zwar Zuschüsse aus Reichsmitteln in Aussicht, wenn auch Bier-, Getränke- und Bürgersteuer auf das Höchstmaß erhöht werden. Der Bürgermeister hat nun, gestützt auf die badische Haushaltverordnung, trotz des Einspruchs des Stadtrats, die Biersteuer verdoppelt und die Bürgersteuer auf den dreifachen Satz erhöht. Die Getränkesteuer ist bereits im gesetzlich zulässigen Höchstmaß eingeführt.

Wachsende Arbeitslosigkeit in Mannheim. Das Arbeitsamt Mannheim zählte am 15. Oktober 1931 insgesamt 39 015 Arbeitslose, darunter gegen 31 000 Männer. Zunahme seit 30. September 1240. Unterstützung bezogen 17 615 Arbeitssuchende. Dazu kamen noch 22 286 zuschlagsberechtigte Familienangehörige.

Ausgleichung des Freiburger Kreisvoranschlags 1931. Zur Ausgleichung des dem Kreis entfallenden größeren Einnahmeausfalles mußten, da dem Kreis andere Einnahmequellen nicht zur Verfügung stehen und eine Erhöhung der Kreissteuer bei der heutigen allgemeinen wirtschaftlichen Notlage nicht tragbar wäre, und auf Grund der Notverordnungen auch nicht möglich ist, an dem von der Kreisversammlung genehmigten Voranschlag für das Jahr 1930 an sämtlichen Ausgabeposten und besonders an den vom Kreis freiwillig aufgenommenen Tätigkeitsgebieten ganz erhebliche Abstriche vorgenommen werden.

### Badischer Teil

#### Die nationalsozialistische „Ortenauer Volkswarte“ auf drei Wochen verboten

Der Minister des Innern hat das in Offenburg erscheinende Nachrichtenblatt der N.S.D.A.P., „Ortenauer Volkswarte“, mit Wirkung vom 21. Oktober auf die Dauer von drei Wochen verboten.

Anlaß zu dem Verbot gab ein in der Folge 42 des 1. Jahrgangs erschienener Artikel, „Der Paragrafen-Jongleur“, in welchem nach Form und Inhalt besondere rohe Aufreizungen der Mißachtung und somit eine Beschimpfung und böswillige Verächtlichmachung von Mitgliedern der Reichsregierung, von Gerichten und anderen Organen und Behörden des Staates enthalten waren. Ebenso wurde in wenig bestellter Form dem Reichsminister die Absicht des Eidbruchs unterstellt und offen vollzogener Verfassungsverstoß vorgeworfen. Schließlich wurde der Reichsminister als mit einem sittlichen Makel behaftet dargestellt. Die genannten, in dem genannten Artikel enthaltenen Ausführungen stellen eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung dar und außerdem eine vorfällige Beschimpfung und Verächtlichmachung der verfassungsmäßig festgestellten republikanischen Staatsform des Reichs und damit auch ein Vergehen gegen das Republikstrafgesetz. Angesichts der besonders schweren Ausfälle wurde ein Verbot der wöchentlich erscheinenden Zeitung auf die Dauer von drei Wochen als notwendig erachtet.

#### Zinsverbilligung für die Tabakindustrie

Aus Mitteln des Fonds für landwirtschaftliche Betriebsunterstützung und Abfederung hat der Herr Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft einen Betrag von 800 000 RM. bereitgestellt mit der Maßgabe, daß hiervon der größere Teil für eine Zinsverbilligung der Kredite verwendet werden, die bis Ende des Jahres 1931 bei dem deutschen Tabakanbau zu tätigen Aufkauf des diesjährigen Tabaks, in Höhe der Hälfte der benötigten Kaufsumme, haben aufnehmen müssen. Die Kredite sollen um 4 v. H. verbilligt werden, doch wird dieser Satz im Falle einer Herabsetzung des Reichsbankdiskonts von 8 Proz. um den entsprechenden Bombendertel gesenkt. Die Verbilligungszeit beträgt längstens 6 Monate.

Den Anträgen sind beizufügen:  
a) eine von dem geliehenden Kreditinstitut zu unterzeichnende Diskont- bzw. Zinsabrechnung, aus der insbesondere Höhe des Darlehens, Zinssatz, Zinslaufzeit und die erfolgte Bezahlung der Zinsen zu ersehen sein muß;  
b) ein von der Steuerbehörde ausgestellter Wiegeschein oder eine behördlich beglaubigte Abschrift dieses Scheins;  
c) ein Kaufnachweis darüber, daß der Tabak vom Antragsteller bei dem namentlich aufzuführenden Pflanzler (oder Pflanzervereinigung) gekauft und daß der vereinbarte, anzugebende Preis bezahlt worden ist. Der Nachweis muß ferner einen Sichtvermerk oder den Stempel des Deutschen Tabakbauverbands in Karlsruhe enthalten, durch den dieser die Nachprüfung der Angaben des Nachweises bescheinigt.  
Die Anträge sind durch die Badische Landwirtschaftskammer an das Ministerium des Innern einzureichen.

#### Die Zuständigkeit der Gemeindegerichte

Der Justizminister hat eine Bekanntmachung erlassen über die Änderung der Dienstweisung für die Gemeindegerichte. Es ist dies die Folge der Erhöhung der Zuständigkeit der Gemeindegerichte bis zu einem Streitwert von 100 RM.

#### Schiffahrts- und Hafenverkehr in Baden

Der Gesamtverkehr in den drei badischen Rheinhäfen betrug den Umschlag von Hauptschiff zu Hauptschiff nicht eingerechnet:

(in 1000 Tons)	Juni 1931	Juli 1931	August 1931
	an	ab	an
Mannheim (einschl. Rheinau)	384,8	451,3	358,4
Karlsruhe	220,6	21,6	190,5
Kehl a. R.	85,4	24,9	96,8







## Ein badischer Flieger um 1781

Landbaumeister Carl Friedrich Meerwein  
Von W. Sigmund, Heidelberg

Das Problem des Fliegens hat zu allen Zeiten die Menschen beschäftigt. Der eine glaubte die Lösung durch genaue Berechnungen finden zu können, der andere baute sich Flügel und suchte durch einen Sturz vom Turm den nötigen Anstoß zu den Flügelbewegungen zu erhalten, wie es uns Max Cuth in dem „Schneider von Ulm“ erzählt. Vor 150 Jahren beherbergte auch die Residenzstadt Karlsruhe einen Mann, der sich diese Sache sehr durch den Kopf gehen ließ und manche Stunde zu Beobachtungen und Berechnungen zur Erfindung einer Maschine verwandte, die das Fliegenkönnen ermöglichen sollte. Es war dies der hochfürstlich badische Landbaumeister Carl Friedrich Meerwein, einer der tüchtigsten Beamten auf dem Gebiet des Bau- und Ingenieurwesens.

In Frankreich gelangt es den Gebrüder Montgolfiers im Jahre 1783 par hazard — durch Zufall —, sich vermittelst einer „leichteren Luftart“ in die Luft zu erheben. Meerwein nennt das ein „Schwimmen“ in der Luft nach der Art der Fische im Wasser; damit bleibt die Pariser Erfindung von der seinigen weit verschieden. Seine Erfindung — Meerwein bedient sich dieses Ausdrucks als eine Art vollendeter Tatsache — geht darauf aus, „unter Mitwirkung der aerostatischen Kugeln das Fliegenlernen mit einer Maschine dem Menschen zu erleichtern“. Meerwein hat sich schon lange mit dem Problem beschäftigt, im Geheimen. Nun aber, da die Montgolfiers mit ihrer Erfindung Erfolge erzielt haben und die Ehre, das erste Luftschiff geschaffen zu haben, den Franzosen zufällt, tritt auch unser Landsmann mit seiner Erfindung vor die Öffentlichkeit, weil er „die Ehre dieser Erfindung auf die Deutschen zu bringen wünscht.“ Also die Ehre, die erste Flugmaschine erfunden zu haben, soll den Deutschen vorbehalten bleiben, ein Badener soll der Erfinder sein.

In einer ausgedehnten Abhandlung: „Der Mensch! Sollte der nicht auch zum Fliegen geboren sein?“ beweist Meerwein die große Erhabenheit des Menschen über die Tiere. Könnte man nicht den Menschen für den Inbegriff — Complementum — der ganzen tierischen Schöpfung erklären?, läßt er sich vernehmen. Der Mensch ist geboren, einen Elefanten zu besteigen, aber gerade so gut auch zum Fliegen und Schwimmen (in der Luft), sobald er nur ernstlich will. Weder in dem Bau des Menschen und in dessen innerer Struktur, noch in seiner zu großen Schwere, noch aber in dem Mangel an hinlänglicher Stärke, ebenso wenig im Mangel an tauglichen Materialien liegt ein Grund vorhanden, warum es dem Menschen unmöglich sein sollte, vermittelst einer tauglichen Maschine zu fliegen.

Das Element, in der sich die Erfindung zu bewähren hat, die Luft, wird nun Gegenstand eingehender Untersuchungen. Vor allem interessiert ihn die Dichtigkeit der Luft in den verschiedenen Höhen, wozu ja wissenschaftliche Unterlagen so gut wie nicht vorhanden sind. Dann aber erzählt er von den Vorbildern seiner Maschine. Es sind dies die wilde Ente, der Weiß, der Fischreier, die Trappe, der Schwan und die Dohle. Niemand wird in Abrede stellen, daß eine wilde Ente gut fliegen kann, sagt Meerwein; dieser Vogel dient ihm zu eingehenden Untersuchungen. Die Ente wiegt 2 Pfund 20 Lot, ihr Expansum (Flügelflächen) beträgt nach dem badischen Veranschlag in 10 Zoll geteilt, 165 Quadrat Zoll und 20 Linien. Folglich kommen auf ein Pfund 62 Quadrat Zoll, 93 Linien, 33 Strich. Wenn ich nun 150 bis 160 Pfund schwer bin oder samt der Maschine 200 Pfund, so muß die Größe der Maschine, wenn sie unter gehörigem Gebrauch 200 Pfund ebenso sicher durch die Luft tragen soll, wie eine wilde Ente fliegt, 126 Quadratfuß betragen. Des Interesses halber mögen einige Maßzahlen der anderen Vögel beigefügt sein: der Schwan wiegt 14 Pfund 16 Lot, die Trappe 17 Pfund 16 Lot, der Fischreier nur 2 Pfund 28 Lot, der Weiß 1 Pfund 11 Lot, die Dohle 1 Pfund 2 Lot. Das größte Expansum besitzt die Trappe, 873 Quadrat Zoll, dann der Schwan 844, der Fischreier 450, der Weiß 360.

So weit zeigt sich Meerwein als guter Beobachter und Mathematiker. Nach der dem Aufsatze beigegebenen Zeichnung besteht die „Maschine“ aus einem großen Flügelpaar, an dessen gemeinsamer Achse der Flieger aufgehängt ist. Die Kraft zur Bewegung dieser Flügel, also zum Fliegen, muß der Mensch aufbringen. Wir, die wir heute die Flugmaschinen in ihrer Entstehung erlebt haben und ihre fortgesetzten Verbesserungen verfolgen, können uns eines Rächels nicht erwehren, wenn wir gerade diesen Teil der Ausführungen Meerweins als ziemlich belanglos behandelt sehen. Er sagt: „Lehrt nicht die tägliche Erfahrung, daß ein gesunder Mensch die Kraft hat, eine seiner eigenen Schwere gleichkommende Last ohne große Anstrengung vor sich herzustößen oder zu schieben? Folglich ist auch der Mensch stark genug, die Maschine zu dirigieren.“ Das aus Linden- oder Tannenholz gebaute Gerippe will er mit starkem Leinen, Baum-

wolle oder Wachstuch überziehen. Wer wird an der Tauglichkeit der Materialien Zweifel hegen?

„Diesem nach hätte ich also mein Versprechen erfüllt und hinreichend erwiesen, daß es dem Menschen möglich sei, sich eine Maschine zu fertigen, mit welcher er durch die Luft zu reisen vermöchte, wenn es ihm nicht an der Entschlossenheit mangelte.“ sagt Meerwein am Schluß seiner theoretischen Erwägungen.

Ob der sonst sehr tatkräftige und tüchtige Landbaumeister diese Entschlossenheit zur Vorführung seiner erfundenen Flugmaschine aufgebracht hat, wird nicht berichtet. Er ist aber des Erfolg seines Werkes sicher: „Wenn ich mir also eine Maschine mache, welche aus zwei gleichen Teilen besteht, und wenn ich diese in der Mitte durch biegbare Bände vereinige, auch diese Maschine noch so weit als breit mache und so, daß ich mich in horizontaler Lage darin zu befestigen und mich mit derselben so gut zu vereinigen vermag, daß ich dadurch gar nicht gehindert werde, alle meine Kraft auf die vorteilhafteste und der Absicht angemessenste Art anzuwenden, so darf ich sicher darauf zählen, daß ich mit einer solchen Maschine werde fliegen lernen können.“

Trotz aller dieser im besten Licht geschilderten Vorzüge und Sicherheit der Maschine wünscht der Erfinder die Probeflüge an einem geeigneten Platz ausgeführt zu sehen, und schlägt die beträchtliche Anhöhe an dem sogenannten Rheinprung bei Basel vor; denn „wer in etwas tiefes Wasser fällt, der bricht weder Sals noch Wein, und gegen das Ertrinken gibt's hinreichende Verwahrungsmittel.“

Von dem großen Nutzen seiner Erfindung ist Meerwein überzeugt. Auf eine an ihn gerichtete Frage, ob Luftschiff oder Flugzeug der Menschheit nicht mehr Vorteil wie Vorteil bringen würde, antwortet er: „Wie viele Menschen hätten nicht bei den letzten Wasserströmen mehr gerettet werden können, wenn die Kunst zu fliegen, auch schon ihre Jünglingsjahre erreicht gehabt hätte.“

Vergeblich warteten die Karlsruher auf die Flugkünste ihres tüchtigen Mitbürgers. Kamen ihm am Ende doch Zweifel, ob er alle Faktoren in die Berechnung eingestellt hatte. Gewiß wäre die Nachwelt von dem Gelingen des Fluges unterrichtet, und man hätte es sich in Badens Hauptstadt nicht entgehen lassen, den Erfinder zu preisen. Das schon 1781 fertiggestellte Modell und seine späteren Verbesserungen sind auch in keinem Museum aufzufinden. Sollte vielleicht Badens Markgraf, Karl Friedrich, solchen Versuchen der Hölle nicht gewogen gewesen sein und seinen braven Landbaumeister auf bessere Wege geführt haben? Wir wissen's nicht. Aber die damals in mehreren Schriften erschienene Abhandlung Meerweins über seine Erfindung beweist das Interesse, das man in unserer engeren Heimat dem Problem des menschlichen Fluges entgegenbrachte.

## Die Wanderstiftung des deutschen Volkes

Eine neue Aufgabe des Jugendbergs werkes

Von A. Proßner, Direktor der Fächerschule, Karlsruhe

Die Not der Zeit hat die Tatkraft der Führer in den gemeinnützigen Volksgesellschaften erheblich geschwächt. Vielen fehlt außer der materiellen Kraft behördlicher Unterstützungen, der feste Glaube an einen nahen Aufstieg des deutschen Volkes. Diese aber gerade vergessen, daß in solchen Zeiten die Gedanken in ihrer freizeithlichen Macht ungeheure Wirkungen auf lange Sicht hin erzielen können. Heute gilt es vor allem, das Grundsätzliche mit unnachgiebiger Zähigkeit herauszufstellen, besonders in der Jugendpflege wegen ihrer staatspolitischen Bedeutung.

Die Jugendpflege war vor dem Kriege in allen Kulturländern auf den Wehgedanken — auf den geistigen und körperlichen — eingestellt. Das soziale Prinzip des Ausgleichs ergab sich hierbei ganz von selbst. Im ganzen etwa so, wie das schweizerische Volk, moralisch und finanziell, äußerst stark unterstützt durch die Bundesregierung, seine Jugendorganisationen aufbaut und in einer geradezu rührenden Weise in den Dienst des vaterländischen Gedankens der eidgenössischen Republik stellt. In idealer Helle und Wärme scheint auch die Sonne des englischen Volkes auf seine großzügige Pfadfinderorganisation herab.

Wir in Deutschland haben es nicht so leicht. Neben der Verbreitung und Vertiefung des eigentlichen Gedankens der Jugendpflege ist die Schaffung der notwendigen Einrichtungen wie Jugendheime, Jugendleshallen und Jugendbergs werke für den einzelnen Führer und seine Organisation ein wirtschaftliches, oft gefährliches Unternehmen. Und doch muß es geleistet werden, auch ohne wesentliche oder nur erzwungene gegebene, öffentliche Hilfe.

Gerade das Jugendbergs werke ist ein Beispiel hierfür. Die geistige Offensive der Idee in größerem Umfang liegt zwischen 1919 und 1925. Dann aber schossen die Bauten aus der Erde. Heute stehen sie da, für die ganze Jugend offen. Die berufstätigen Jugendlichen könnten dort ihren Urlaub verleben allein oder in einer Gemeinschaft. Die Lehrer aller Schulgattungen könnten die Theorien und Ergebnisse neuzeitlicher

pädagogischer Forschung wahr und wirklich machen. Die Schüler und die Jugend überhaupt könnte die Heimat erleben; Geographie am Ort. Nun fehlen die Mittel, um die lebendigen, jungen Menschen zu den sozialen Einrichtungen der Jugendpflege hinzuführen. Mit 15 Mark kann ein Jugendlicher leicht eine Wanderung von 8 bis 10 Tagen unternehmen, vorausgesetzt, daß er die Wohlfahrtsvereinigungen der Jugendbergs werke benützt. Aber er muß sie haben, diese 15 Mark. Für eine Wandergruppe ist nichts härter, als wenn von 12 Freunden 2 wegen Mangel an Mitteln zu Hause bleiben. Der hohe Wert des pädagogischen Unternehmens einer Massenwanderung von drei Tagen, wobei zur Verhütung ein Sonntag mit verwendet werden kann, liegt darin, daß alle mitkönnen, auch die Söhne und Töchter des maßlos verarmten Mittelstandes, der Handwerker und der Arbeitslosen. 20 Mark braucht ein Lehrer für Schüllinge solcher Art. Dann könnten alle mit allen gehen. Aber er muß sie haben, diese 20 Mark. Theorie ist hier grauer als anderswo. Die Jugendbergs werke sind stumm und aus Stein. Die können nicht helfen.

Die Menschen mit sozialem Verständnis und Erfahrung in der Jugendpflege müssen erkennen, daß es sich hier um eine ganz neue Aufgabe handelt, die mit einem neuen Gedanken gelöst werden muß. Die einzelnen Gauen des Reichsverbandes für deutsche Jugendbergs werke können hier eine wirksame, praktische Fürsorge durchzuführen. Die Aufstellung bestimmter Richtlinien hierzu ist eine notwendige Verwaltungsaufgabe. Von einem Stiftungsgrundstock von 5000 M, der jedes Jahr durch den Rotanschlag aufgestellt oder vermehrt werden kann, können den Ortsgruppen von Fall zu Fall auf Grund ihrer Gutachten Wanderzuschüsse für einzelne Gruppen, für einzelne Wanderer, z. B. Künstler, Arbeiter, Studenten, Kaufleute, die in der Berufsausbildung begriffen sind und für Schulklassen gegeben werden. Die erste Vorbedingung besteht darin, daß der zu unterstützende Jugendliche oder die zu unterstützende Gruppe durch Sparen das Jahr hindurch selbst etwas aufgebracht hat und daß die Ortsgruppe in jedem Fall auch etwas dazu gibt. Dann kann der Gau mit gutem Gewissen das auf elbischer Grundlage aufgebaute Beginnen unterstützen. Die jährlichen Sammlungen bei den Werbewochen und Werbtagen können in den Grundstock der Wanderstiftung des Gaus und der Ortsgruppe fließen. Dieser Gedanke der Wanderstiftung in systematisch richtiger Fassung hat an sich eine starke Werbekraft, weil er rein menschlich ist. So kann man geradezu den Werbtagen und Werbewochen den Gedanken der Wanderstiftung als Leitgedanken geben. Dann wirken viele in kleinen Teilen an einem großen Werke der Nächstenliebe. Eine wichtige und praktische Tat der Nächstenliebe, wenn man bedenkt, wie viele seelische Hemmungen, soziale Verbitterung, Enge der Gedanken, Verzweiflung am Leben und Volk durch das Wirken sozialer Wanderstiftungen vermieden und beseitigt werden können. Die Wanderstiftung bringt junge Menschen mit den Führern des Jugendbergs werkes in den Ortsgruppen in menschlich feinen Formen zusammen, so daß dadurch ein erfrischender Zug, eine Seele durch unser Werk und unsere Heimat fließt. Zugleich treten alle aus der Wanderstiftung je Unterstützten als lebendige Förderer und Führer in ewiger Dankbarkeit in unsere Reihen ein. Dadurch erst scheint der Kreislauf des Lebens in unserer Wohlfahrtsvereinigungen der Jugendbergs werke geschlossen.

So allerdings soll die Wanderstiftung des deutschen Volkes als neuer Gedanke nicht aufgefaßt und durchgeführt werden, daß nun ein schematisches Verteilen bei einzelnen Ortsgruppen und Jugendorganisationen erfolgen soll, womöglich nach dem Schlagwort der „Mitgliederzahl“. Durch eine solche Handhabung wäre der Gedanke der Wanderstiftung seiner Seele beraubt. Es wäre eine armselige Bürokratisierung eingetreten.

Der tiefere Sinn der Wanderstiftung der einzelnen Gauen liegt darin, daß menschlicher Verkehr entsteht, und daß die Einzelsfälle behandelt werden. Die Einzelsfälle werden nicht zu zahlreich sein. Nur die würdigen und nötigsten Fälle können bei den beschränkten Mitteln Berücksichtigung finden. Die Wanderstiftung soll nicht Faulen oder Bequemem das Vertrieben hinterlassen und Zahlen ermöglichen, sondern sie soll vielmehr Notstände in Notzeiten beheben. So wie der Verkehr des Führers in einer Jugendgruppe wechselt zwischen der Leitung des Ganges und dem Lenken des Einzelnen, so soll die Wanderstiftung dem zweiten Problem entsprechen. Die Leitung des Ganges in unserem Reichsverband war der Bau der Heime.

Der Reichsverband kann seinen Gauen auch Zuschüsse auf Grund von Beschlüssen seiner Hauptversammlung geben. Dazu ist aber nötig, daß seine Guthaben von 250 000 M bei den Gauen und 140 000 M bei anderen Schuldnern zurückgegeben werden. Schon die Hälfte dieser Summe könnte in der Form der Wanderstiftung heute großzügig und segensreich wirken. Diese Gelder könnten unsere Häuser neu und stärker beleben, und zwar durch die, die es am notwendigsten haben. Denn der Gedanke des deutschen Jugendbergs werkes war immer darauf hingewirkt, in erster Linie den Ärmsten zu helfen.

Möge der Gedanke der Wanderstiftung in seinen sozialen und vaterländischen Wurzeln Männer, Frauen und Menschen finden, die ihn verstehen und empfinden.

Der Sommer 1931 hat die Wanderstiftung in Tätigkeit gesehen. Langsam setzt sich dieser Gedanke bei den Ortsgruppen durch. Es ist erfreulich, wieviel Gutes jetzt schon an einigen Stellen in sozialem Sinne hat geleistet werden können.

Drud. G. Braun, Karlsruhe.